



2020/46 Ökologie

<https://jungle.world/artikel/2020/46/gruene-gegen-windkraft>

Widerstand gegen Windkraftanlagen in Griechenland

Grüne gegen Windkraft

Von **Wassilis Aswestopoulos**

Windkraft gilt als ökologisch, in Griechenland hat ihr Ausbau jedoch negative Folgen.

»Freie Berge ohne Windkraft«, diese Parole steht vielerorts in Griechenland auf Brücken, am Straßenrand und auf Häuserwänden. Seit Anfang des Jahres gab es unter anderen in den Dörfern des Agrafa-Gebirges und auf verschiedenen Inseln wie Euböa oder Kreta - Demonstrationen gegen Windkraftanlagen. Dabei kam es auch zu teils gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Protestierenden und der Bereitschaftspolizei MAT.

Für Außenstehende mutet der Widerstand gegen die Windkraftnutzung zunächst an, als käme er aus der rechten, antiökologischen Ecke. Auf den zweiten Blick zeigt sich jedoch, dass die Protestierenden Greenpeace und linke Parteien an ihrer Seite haben. Einspruch gegen die geplanten Windparks erhebt auch die Partei Ikologi Prasini (Ökologen / Grüne), die bis Mitte 2019 zusammen mit Syriza regierte und dabei maßgeblich die Nutzung erneuerbarer Energien in Griechenland vorantrieb.

Ohne Umweltverträglichkeitsstudien, ohne Artenschutz und ohne Rücksicht auf die Bewohner sollen im gesamten Land Windparks entstehen.

Eine Stellungnahme der Grünen befürwortet »eindeutig den Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energiequellen, da diese für die Bekämpfung des Klimawandels von entscheidender Bedeutung sind«, wendet sich aber »dagegen, die freie Natur und die Schönheit unseres Landes zu opfern«. Vor allem »für die Felseninseln« müsse »jegliche Intervention, welche die biologische Vielfalt des Landes beeinträchtigt, verhindert« werden. Es gibt kaum einen Protestierenden, der dieser Position nicht vorbehaltlos zustimmte. Die Proteste richten sich nicht gegen die Windkraftnutzung an sich, sondern gegen die Art und Weise, in der die konservative Regierung sie verwirklicht.

Ein Streitpunkt sind die unter Schutz stehenden »Natura 2000«-Gebiete in Griechenland. Natura 2000 ist ein Netz von Naturschutzgebieten innerhalb der EU. Die Regierung unter Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis von der konservativen Partei Nea Dimokratia hat mit

einer Gesetzesnovelle im Mai den Schutz dieser Gebiete faktisch aufgehoben. Der Prozess, in dem Landschaftsschutzaufgaben zurückgenommen wurden, begann mit den Gesetzen für die Bauten von Olympia 2004. Die Leitlinien der Europäischen Kommission von 2010 ermöglichen den Betrieb von Windkraftanlagen in Naturschutzgebieten grundsätzlich. Der damalige EU-Umweltkommissar Janez Potočnik erläuterte dazu, man wolle »sicherstellen, dass die Ziele für erneuerbare Energien unter Einhaltung der Artenschutzbestimmungen der EU erreicht werden«. Aber die Regierung Mitsotakis hat die Bestimmungen für die Umweltverträglichkeitsstudien erheblich aufgeweicht. Die wirtschaftsliberale Regierung baut eher auf die Selbstkontrolle der Investoren als auf strenge Überwachung staatlicher Regeln.

Die griechischen Förderprogramme sehen vor, dass Firmen, die Windparks betreiben, ihre eigenen Zufahrtsstraßen nach einem vereinfachten Genehmigungsverfahren bauen können. Es ist nicht vorgesehen, die Betreiberfirmen zu einem koordinierten Bau von gemeinsamen Zufahrtsstraßen anzuhalten. Zudem können die Ausgaben für den Straßenbau bei der Beantragung staatlicher Investitionsförderungsmittel geltend gemacht werden. In den Dörfern des malerischen Agrafa-Gebirges hatte diese Politik bereits Konsequenzen: Romantische enge Kopfsteinpflasterstraßen wurden verbreitert und mit Asphalt überzogen. Für Spaziergänge der Einwohner und der Touristen bleibt kein Platz mehr. Das Gleiche gilt für die Wanderwege durch die Berge des Pindos. Hier liegt an vielen Stellen nun Asphalt. Der Materialtransport führt zu phasenweise hohem Verkehrsaufkommen. Statt die Natur zu genießen, müssen Wanderer aufpassen, dass kein LKW sie überfährt.

Die Gegner von Windparks argumentieren nicht nur mit dem Naturschutz, sondern auch ökonomisch. Anwohner finden zwar im besten Fall kurzfristige Arbeit während des Baus von Windparks, sie verlieren aber Einnahmen aus dem Tourismus. Auf Griechenlands zweitgrößter Insel Euböa haben die verheerenden Waldbrände der vergangenen beiden Jahre große Teile der Gebirgswälder um den Berg Dirfys in der Mitte der Insel zerstört. Statt einer Aufforstung sind nun Windräder und Zufahrtsstraßen geplant. Imker und Bauern, die von der Harzgewinnung leben, sehen dadurch ihre Existenz bedroht. Wie sehr der natürliche Überschwemmungsschutz, den der Wald gewährt, bereits jetzt fehlt, zeigte sich Anfang August, als starke Regenfälle auf Euböa zur Überflutung mehrerer Orte und zu Todesopfern führten.

Im Süden Euböas, rund um den vegetationsarmen Ort Karystos, ist es überaus windig. Die Einwohner nutzten ihre Felder hauptsächlich als Weiden und für ihre Bienenstöcke. Obwohl der Honig von Euböa, den Ministerpräsident Mitsotakis auch schon als »flüssiges Gold« bezeichnet hat, kommerziell sehr erfolgreich ist, führen die Bauern ein entbehrungsreiches Dasein. Sie standen der Windenergie zunächst positiv gegenüber, da sie sich Einnahmen aus der Vermietung von Flächen auf ihren Feldern versprochen. Die Regierung erklärte die Weiden und kleinen Forste jedoch zu Waldgebieten. So konnten sie mit Hilfe der Gesetze zur Waldbewirtschaftung entschädigungslos enteignet werden. Dass die Inselbewohner ihren Familienbesitz lückenlos bis in die Zeit des Osmanischen Reichs nachweisen konnten, half ihnen nicht. Die verstaatlichten »Wälder« können von den Windparkbetreibern zum Spottpreis gepachtet und abgeholzt werden.

Solche und weitere Beispiele lassen sich an den meisten Orten finden, an denen es Proteste gegen die Windkraft gibt. Ohne Umweltverträglichkeitsstudien, ohne Artenschutz und ohne Rücksicht auf die Bewohner sollen im gesamten Land Windparks entstehen. Auch der Schutz archäologischer Stätten, ansonsten ein schlagkräftiges Argument gegen jede Bautätigkeit, kann die Genehmigungsverfahren für Windparks nicht aufhalten. Mauerwerk vorhellenischen Ursprungs am Ochi-Gebirge fiel den Investoren bereits zum Opfer. Die sogenannten Drakospita (Drachenhäuser), zu denen das zerstörte Mauerwerk gehört, sind archäologisch noch nicht vollständig erforscht. Es soll sich um Tempel aus dem siebten oder achten Jahrhundert vor Christus handeln. Zumindest in einem Fall ist - wegen der Zerstörung keine weitere Untersuchung möglich.

Die Drakospita, 23 seltsam erscheinende Gebäuderuinen rund um die Orte Styra und Karystos, sind im Gegensatz zu bekannteren archäologischen Stätten des Landes bislang nicht touristisch erschlossen. Es handelt sich um Bauten aus Schieferstein, die mitten in einer bislang nahezu unberührten Natur die Jahrtausende überdauerten. Erst 1797 wurde das Drakospito auf dem Berg Ochi von dem englischen Geographen John Hawkins entdeckt. Die Dächer der Drakospita sind pyramidenartig und von hoher geometrischer Genauigkeit. Sämtliche erhaltene Gebäude haben keine gelegten Fundamente, ihre Mauern stützen sich selbst durch ihre statisch geschickte Bauweise.

Wenige Kilometer weiter befinden sich mehr als 20 Jahre alte Windparks, deren Nutzungsdauer abgelaufen ist. Die nun schrottreifen Türme stehen in der Landschaft und verrotten. Eine Rückbauverpflichtung war und ist nicht vorgesehen. Hinsichtlich der Beseitigung von Umweltschäden lassen die Gesetze große Schlupflöcher offen. Immer mal wieder bricht eines der außer Betrieb genommenen Windräder in sich zusammen.

Selbst ohne Anlagen in den »Natura 2000«-Gebieten wird Griechenland mit den bereits bestehenden und genehmigten Windparks das Klimaziel für 2030 um das Dreifache übertreffen, wie aus einer Studie der Universität Ioannina hervorgeht. Trotzdem will die Regierung weitere 5 514 Windräder in Naturschutzgebieten genehmigen und finanziell fördern. Kritiker argumentieren, dass es umweltverträglicher und auch ökonomisch günstiger wäre, erst die bestehenden Parks zu modernisieren und neue Anlagen nur außerhalb von Schutzgebieten zu errichten.